

Wahlprüfstein DIE LINKE

Pax Christi
Elsässer Straße 12
55234 Offenheim

Rüstungsexporte

als Pax Christi-Gruppe befassen wir uns im Rahmen der „Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel“ mit dem Rüstungsexport. Die Rüstungsexporte werden derzeit vom Bundessicherheitsrat unter Geheimhaltung genehmigt. Das Verfahren ist intransparent und entzieht sich jeglicher parlamentarischer Kontrolle. Ziel der Aktion und auch von Pax Christi Deutschland ist es, den Rüstungsexport der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Hierzu haben wir auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen folgende Fragen an die Parteien:

Rüstungsexportkontrolle

Befürwortet die LINKE grundsätzlich eine Rüstungsexportkontrolle durch das Parlament?

Die Öffentlichkeit und das Parlament werden nur sehr lückenhaft und mit langen Verzögerungen über Rüstungsexporte informiert. Dieser Zustand ist inakzeptabel. Die Rüstungsexportkontrolle durch ein neu zu schaffendes, geheim tagendes parlamentarisches Gremium, wie von anderen Fraktionen vorgeschlagen, halten wir für Augenwischerei. Denn so werden die Öffentlichkeit und der Großteil des Parlaments über diese Geschäfte weiterhin im Dunkeln gelassen. Zudem wird ein geheim tagendes Gremium, das die geheimen Beschlüsse der Bundesregierung kontrolliert, so gut wie keinen Rüstungsexport verhindern. Es ist viel wichtiger, dass die Bundesregierung die Geheimniskrämerei beendet. Die Bürgerinnen und Bürger sowie das Parlament müssen regelmäßig, zeitnah und sehr viel umfassender als bisher über Rüstungsexportvorhaben und erfolgte Ausfuhren informiert werden. Ein Mehr an Transparenz ist die Voraussetzung für eine dringend notwendige breite öffentliche Debatte. Eine Rüstungsexportkontrolle durch das Parlament ist keine Alternative zu gesetzlichen Verboten von Rüstungsexporten, wie DIE LINKE sie fordert.

Befürwortet die LINKE folgende vom Aktionsbündnis vorgeschlagene Klarstellung im Gesetzestext, um die Rüstungsexportkontrolle gesetzlich eindeutiger zu regeln?

DIE LINKE ist im Bundestag ist die einzige Fraktion, die ein gesetzliches Verbot von allen Rüstungsexporten fordert und dafür streitet. DIE LINKE unterstützt die vom Aktionsbündnis vorgeschlagene Klarstellung im Gesetzestext. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „ Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen

Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein ausnahmsloses Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Ferner haben wir zur Zeit des Arabischen Frühlings versucht, den Bundestag und die Regierung davon zu überzeugen, dass wenigstens an die Länder der Region keine Rüstungsgüter geliefert werden. Unsere 16 Anträge mit der Forderung nach einem Exportstopp aufgrund der zum Teil brutalen Unterdrückung der Proteste bzw. der katastrophalen Menschenrechtsslage bzw. der Tatsache, dass die Länder in einer Kriegs- und Krisenregion liegen, wurden im Bundestag einzeln abgestimmt. Auch hier stimmten SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Regierungskoalition gegen alle unsere Anträge. Ein totales Verbot aller Rüstungsexporte wird nicht über Nacht umgesetzt werden können. Als erste Schritte auf dem Weg dahin sollten aber umgehend vier Teilverbote gesetzlich verankert werden: Keine Rüstungsexporte an Staaten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen, ein Verbot von Kleinwaffenexporten, ein Verbot des Exports von Waffenfabriken und das Verbot, Rüstungsexporte staatlich zu fördern, zu finanzieren und abzusichern.

Rüstungsexportgeschäfte

Befürwortet die LINKE ein Vetorecht des Deutschen Bundestages zu Rüstungsexportgeschäften?

Ein Vetorecht des Bundestags könnte den einen oder anderen Rüstungsexport verhindern. Allerdings dürfen wir uns im Hinblick auf die Wirkung nichts vormachen: Die Regierung stellt die Parlamentsmehrheit und die Abgeordneten werden i.d.R. die Entscheidungen ihrer Regierungspartei mittragen. Das haben die Abstimmungen unserer Anträge im Parlament auf Aussetzung von bestimmten Rüstungsexporten in der vergangenen Legislaturperiode deutlich gezeigt.

Ein Vetorecht des Bundestages ist auch keine Alternative zu unserer Forderung, Rüstungsexporte ganz zu verbieten.

Abschaffung von Hermes-Bürgschaften auf Rüstungsexporte

Stimmen Sie auch für die Abschaffung von Hermes-Bürgschaften auf Rüstungsexporte, mit denen unsere Steuergelder zur Deckung fragwürdiger Rüstungsgeschäfte genutzt werden?

DIE LINKE ist für die Abschaffung von Hermes-Bürgschaften. Wir fordern, jegliche staatliche Förderung von Rüstungsexporten, sei sie finanzieller oder politischer Natur, zu verbieten.

Friedensbewegungen

Wie ernst nehmen Sie die Impulse, die von Friedensbewegungen an die Parteien bezüglich der Waffenlieferungen an Saudi Arabien gegeben wurden?

DIE LINKE nimmt die Impulse aus der Friedensbewegung sehr ernst. DIE LINKE teilt die vehemente Kritik der Friedensbewegung an der ungehemmten Belieferung Saudi-Arabiens mit Rüstungsgütern aus deutscher Produktion. Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an Saudi-Arabien ist durch nichts zu rechtfertigen.

Bereits im Mai 2011 hatte DIE LINKE einen Antrag eingebracht, in dem ein Stopp aller Rüstungsexporte an Saudi-Arabien gefordert wird (Drucksache 17/5942). Auch unser Antrag „Keine Rüstungsexporte als Instrument der Außenpolitik – Exportverbot jetzt durchsetzen“ vom September 2012 (Drucksache 17/10842) zielt auf die Beendigung der fatalen Rüstungsexportentscheidungen der Bundesregierung. Auch hier stimmten SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Regierungskoalition gegen beide Anträge.

Abrüstung heißt für uns auch, andere nicht mit Kriegsgeräten zu beliefern, aus welchen Gründen auch immer. Denn auch hier gilt für die Fraktion DIE LINKE: Außenpolitik muss Friedenspolitik sein!